Zeitschriften-Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **64 (1972)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ungeheuer zu sein. Sie können sehr vieles bieten: mehr Arbeitsplätze, grössere Produktivität und höhere Leistungsfähigkeit im Weltmassstab. Ihr Wachstum gibt uns die Chance grosser wirtschaftlicher Vorteile. Sache der Gewerkschaften und der Regierungen ist es, überall dafür zu sorgen, dass diese Vorteile allen zugute kommen.

Zeitschriften-Rundschau *Otto Böni*

Der DGB und die kommenden Bundestagswahlen

Im Zusammenhang mit den kommenden Bundestagswahlen wird wieder viel über die Neutralität des Deutschen Gewerkschaftsbundes gesprochen und geschrieben. In der Oktober-Nummer der *«Gewerkschaftlichen Monatshefte»* finden sich drei grundsätzliche Beiträge aus der Feder verantwortlicher Funktionäre des DGB zu diesem immer vor Wahlen hochgespielten Thema. Heinz O. Vetter erläutert die «Gewerkschaftlichen Forderungen an die politischen Parteien». Für ihn lautet die entscheidende Frage, in welchem Masse die Parteien reformbereit sind. Diese Bereitschaft soll sich allerdings nicht in allgemeinen Bekenntnissen erschöpfen, da die Qualität des Lebens immer stärker davon abhängt, ob es gelingt, privatwirtschaftliches Gewinnstreben in gesamtgesellschaftliche Prioritäten einzubetten. Eugen Loderer gibt in seinem Beitrag zu bedenken, dass gewerkschaftliche und parteipolitische Reformvorstellungen in dieser Gesellschaft auf entgegengesetzte Interessen stossen. «Ohne Konflikte mit den Besitzenden wird es nicht gehen. Die Verbesserung der Qualität des Lebens ist keine technische Frage. Sie ist eine Machtfrage.» Loderer macht klar, wo die verschiedenen Parteien in der Bundesrepublik bei dieser Auseinandersetzung stehen. Für ihn ist die Reformfeindlichkeit der CDU/CSU offensichtlich. Die FDP schwankt zwischen Fortschritt und ihren traditionellen Vorstellungen. Schlussendlich würdigt er die Bereitschaft der SPD zu weitreichenden Reformen.

Wilhelm Kaltenborn behandelt das Thema «Einheitsgewerkschaft und Parteien». Interessant ist bei dem in diesem Artikel enthaltenen historischen Ueberblick der Hinweis auf die Gründungsphase der CDU, wo als Parteibezeichnung der Name «Partei der Arbeit» zur Diskussion stand. Auf die antikapitalistischen Ursprünge der CDU verweist auch das Ahlener Programm aus dem Jahre 1947, in dem es heisst: «Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.» Von dieser Einsicht bis zur heutigen Politik hat die CDU allerdings einen sehr weiten Weg zurückgelegt. Dass aber die Gewerkschaften in bezug auf ihre parteipolitische Neutralität diesen Wandlungen der CDU Rechnung tragen müssen, sollte selbstverständlich sein.

Plädoyer für McGovern

Unter der Ueberschrift «Zu schön, um wahr zu werden» wird in der September-Nummer der österreichischen gewerkschaftlichen Monatsschrift *«Arbeit und Wirtschaft»* ein Plädoyer für die Wahl von Senator McGovern zum amerikanischen Präsidenten veröffentlicht. Der Beitrag gibt Auskunft über die bisherige Karriere und die politischen Ziele des demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Seine Wahlversprechen reichen vom Frieden in Vietnam über die Gleichberechtigung der Farbigen und Frauen, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Abschaffung der Armut in den USA bis zur Steuererhöhung für Konzerne und zur Verringerung der Rüstungsausgaben. Ueber Vietnam sagt er: «Am Tag meiner Vereidigung als Präsident werde ich

schlicht und einfach anordnen, dass wir Vietnam mit Mann und Ross und Wagen verlassen.» Die Arbeitslosigkeit, die in den USA in diesem Jahr bei rund sechs Prozent liegt, bezeichnet er als Schande. Er will jedem Amerikaner ein Recht auf Arbeit sichern und notfalls Milliarden zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ausgeben. Des weitern möchte er jedem Amerikaner – auch Babys und Greisen – ein Mindesteinkommen von tausend Dollar im Jahr garantieren. Um dies realisierbar zu machen, sollen jene Bürger hart angefasst werden, die ein Jahreseinkommen von über 12 000 Dollar aufweisen. Vermögen von mehr als einer halben Million Dollar will er mit einer Erbschaftssteuer von 77 Prozent belegen. Die Rüstungsausgaben sollen im Verlaufe von drei Jahren um einen Drittel gekürzt werden, das heisst, um rund dreissig Milliarden im Jahr. Um diese Versprechungen seinen Lesern glaubhaft zu machen – schlussendlich hat auch Nixon im Verlauf der letzten Jahre einiges versprochen und nicht gehalten – betont der Autor die Gradlinigkeit und Ehrlichkeit McGoverns. In dieser Sicht dürfte es für europäische Gewerkschafter schwer verständlich sein, dass der amerikanische Gewerkschaftsbund zum erstenmal in seiner 17jährigen Geschichte nicht den demokratischen Kandidaten unterstützt, sondern sich neutral verhält. Der Autor erklärt dies – vielleicht doch etwas zu verallgemeinernd – mit dem Verhältnis McGoverns zum Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Georg Meany, und ihrer verschiedenen Einstellung zum Vietnamkrieg.

Hinweise

Heft 4 der Münchner Zeitschrift *«Kürbiskern»* trägt den Titel «Abhängigkeit in der Kulturindustrie» und versteht sich als ein Appell an all jene, die für Massenmedien arbeiten, sich in einer Gewerkschaft zusammenzuschliessen. Das vorliegende Heft beinhaltet einen Katalog von Erfahrungen aus verschiedenen Branchen der Kulturindustrie. Der Themenkreis umfasst: Buch, Presse, Film, Funk, Fernsehen, Bildende Kunst, Graphik, Design, Theater, Kritik, Pop-Musik, Buchhandel, Urheberrecht und Vertragsmuster.

Auskunft über die Freizeitlektüre von Zürcher Mittelschülern und Lehrlingen gibt das Ergebnis einer in der Oktober-Nummer der *«Schweizer Monatshefte»* publizierten Umfrage. An der Spitze der Belletristik stehen die Autoren Frisch, Dürrenmatt und Brecht. Bei den politischen und historischen Schriften wurde Karl Marx am häufigsten genannt, doch bereits im dritten Rang, allerdings stark abgeschlagen, figuriert Hitlers «Mein Kampf».

Aus der Fülle der Nachrufe auf den österreichischen Dichter, Literaturkritiker und Politiker Ernst Fischer seien hier nur zwei aus Wiener Zeitschriften erwähnt. Im *«Neuen Forum»* (September/Oktober) würdigt Günter Nenning unter der Ueberschrift «Ein Fremdling starb» die Persönlichkeit Ernst Fischers. Sein Beitrag wird durch ein Werkverzeichnis des Verstorbenen ergänzt. Im *«Tagebuch»* äussert sich der Kampfgefährte und Weggenosse Fischers, Franz Marek, zum Thema «Fischer und die Politik», und in einem weiteren Beitrag setzt sich der gleiche Autor unter der Ueberschrift «Blick zurück auf das Tauwetter» mit Fischers Einflussnahme auf die ideologischen Wandlungen und Erneuerungen der kommunistischen Bewegung auseinander.